

### Kommt der Aufschwung?

#### Zum Wirtschaftsprogramm des CDU/FDP-Senats

*Robert Katzenstein*

Wie sieht es mit der „Wende“ in der Wirtschaftspolitik aus? Was kann man von der Wirtschaftspolitik des Senats erwarten? Auf den ersten Blick sieht die Sache gar nicht so übel aus, denn der Senat hat erkannt, daß Westberlin ganz beachtliche Vorteilspositionen aufzuweisen hat: eine beachtliche Industrie, darunter Zweige wie die Elektroindustrie, die chemische Industrie und den Maschinenbau, die durchaus das Rückgrat einer modernen Wirtschaft bilden könnte. Dazu kommt ein großer Wissenschaftsbereich. Es gibt in Westberlin zwei Universitäten, fünf Fachhochschulen und über einhundert außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Über 20 000 Menschen sind in der Stadt mit Forschung und Entwicklung beschäftigt. Grob gerechnet entfällt also auf 9 Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe der Stadt jeweils ein Beschäftigter im Forschungs- und Entwicklungsbereich! Ein enormes wissenschaftlich-technisches Potential, das seinesgleichen sucht. Beide, Industrie und Wissenschaftsbereich, könnten die Grundlage bilden, um die wirtschaftlichen Potenzen der Stadt so zu verändern, daß sie auf den Hauptgebieten moderner technischer Entwicklung mithalten, auf einigen sogar eine Spitzenstellung erwerben kann. Der Senat spricht davon, daß er diese Vorteile nutzen will. Branchen mit Zukunft – Mikroelektronik, Robotertechnik, Kommunikationstechnologien, Bio- und Umwelttechnik – sollen in den Vordergrund rücken.

Das sind gute Absichten. Es wäre durchaus positiv zu werten, daß sie endlich in die Überlegungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt einbezogen werden, auch wenn man bedenkt, daß sie ausführlicher und vor allem abgerundeter schon 1970 von der SEW auf ihrem II. Parteitag in die Diskussion um die Entwicklung dieser Stadt eingebracht wurden und seither viel Zeit verstrichen ist. In Frage gestellt wird das Positive dieser Wertung allerdings, wenn man sich überlegt, wie der CDU/FDP-Senat seine Vorstellungen eigentlich zu verwirklichen gedenkt. Mit der reinen unternehmerorientierten Politik und der zweideutigen Ostpolitik, die er bisher gezeigt hat, ist das nämlich nicht zuwege zu bringen. Die geographische Lage der Stadt mitten in der DDR und direkt neben deren Hauptstadt, d. h. an einem Knotenpunkt der Kommunikationsstränge des sozialistischen Wirtschaftsraumes, ist ihre wichtigste Vorteilsposition. Die Nutzung dieses Vorteils ist weitgehend die Voraussetzung, um alle anderen Vorteile überhaupt richtig wirksam machen zu können. Ich will das kurz begründen.

#### Westberlins Wirtschaftsstruktur ist verzerrt

Die Wirtschaftsstruktur Westberlins ist völlig verzerrt. Nur knapp 21 Prozent der Beschäftigten arbeiten im verarbeitenden Gewerbe, aber fast 48 Prozent im Dienstleistungs- und im öffentlichen Bereich; normal wären, gemessen an Ländern mit etwa gleicher technologischer Entwicklungsstufe, wie die BRD, etwa 33 Prozent der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und ebensoviel im Dienstleistungs- und öffentlichen Bereich. In dem einen Bereich müßte die Beschäftigung (nicht die Produktion!) folglich um die Hälfte zu-, in den anderen Bereichen um gut ein Drittel abnehmen, um die Struktur zu bereinigen. Ein Ding der Unmöglichkeit! Man braucht nur zu bedenken, daß eine fünfzigprozentige Steigerung der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe, wegen der damit einhergehenden Rationalisierungsprozesse, grob geschätzt eine Verdoppelung der industriellen Produktion bedeutet, um die Schwierigkeiten zu erkennen, die sich einer solchen Entwicklung von der Absatzseite her in den Weg stellen. Kurz-

oder mittelfristig ist das nicht zu machen, es sei denn, neue Märkte würden erschlossen. Das liegt doch auf der Hand! Die schnelle Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen in den Jahren 1981/82, die der CDU/FDP-Senat zuwege gebracht hat, ist doch nicht zustande gekommen, weil der industrielle Absatz schrumpfte – die Nettoproduktion war 1983 immer noch höher als 1981 –, sondern weil die Absatzmöglichkeiten sich nicht der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Zuge des Rationalisierungsprozesses entsprechend entwickelten. Ohne die Erschließung der Möglichkeiten, die in den Wirtschaftsbeziehungen zum sozialistischen Umfeld der Stadt liegen, sind ihre Probleme also kaum zu lösen.

Wie wichtig dies ist, zeigt sich bei der Betrachtung der volkswirtschaftlichen Gesamtstruktur Westberlins. Dienstleistungs- und öffentliche Bereiche sind im Rahmen dieser Struktur weit überdimensioniert. Das ist keine Frage ihrer absoluten Größenordnungen, sondern des Verhältnisses dieser Bereiche zu den produktiven Bereichen und des in diesen erreichten Standes der Arbeitsproduktivität. Deren einstige Stärke aber ist durch die Verlagerungen großer produktiver Kapazitäten in die BRD durch das Konzernkapital nach und nach ausgehöhlt worden. Folglich fehlen die Gelder, die die „große Industrie gebracht“ hat, und die Stadt kann Dienst- und öffentliche Leistungen im gewohnten Umfang nicht mehr bezahlen. Das ist zwar schief ausgedrückt, weil nicht die „große Industrie“, sondern die in der großen Industrie beschäftigten Arbeitskräfte diese Gelder erarbeitet haben, aber das Ergebnis stimmt: Die Werte produzierenden Bereiche sind im Verhältnis zu den Werte verbrauchenden Bereichen zu klein geworden. Diese Bereiche sind „zu teuer“, „wir“ können uns das „nicht mehr leisten“, so setzt sich diese Strukturverzerrung, setzen sich diese Disproportionen der volkswirtschaftlichen Struktur kapitalistischen Denkgewohnheiten gemäß in die Umgangssprache um. Diese Disproportionen, die sich natürlich auch auf die Profite in diesen Bereichen bzw. auf die öffentlichen Kassen auswirken – sie verursachen Kosten –, sind denn auch der Anstoß für den durchgreifenden Rationalisierungsprozeß, der in diesen Bereichen gerade einsetzt. Vor allem aus diesen Bereichen und aus dem Bürobereich ganz allgemein wird die nächste schwere Welle der Arbeitslosigkeit kommen. Freilich wären diese Probleme lösbar, wenn Westberlin seine geographische Lage nutzte, um zu einem Zentrum des Ost-West-Handels, vielleicht sogar der Ost-West-Beziehungen ganz allgemein zu werden. Eine solche Funktion setzt entwickelte Dienstleistungs- und öffentliche Bereiche voraus. Sicherlich sind innerhalb dieser Bereiche auch Verschiebungen zwischen den verschiedenen Zweigen nötig, aber die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten wird sich nicht unbedingt wesentlich verändern. Folglich wären auch die Folgen der bevorstehenden Rationalisierungen für die Beschäftigten in diesen Bereichen aufzufangen und auch die Kosten dieser Bereiche, denn die produktive Basis, der ihre Leistung dient, wird größer, weil sie sich, nach Ost und West, weit über die Grenzen der Stadt hinaus erstreckt. Anders ausgedrückt: Wer immer an diesen Leistungen interessiert ist, wird dafür gerne den notwendigen Preis zahlen.

Es ist bezeichnend für den mangelnden Willen des CDU/FDP-Senats, an der Situation Westberlins wirklich etwas zu ändern, daß er diese Fragen in der Debatte zwar gelegentlich berührt, aber keinerlei konkrete Schritte entwirft oder gar unternimmt, um diese möglichen Vorteile wirklich zu nutzen. Dadurch aber steht seine ganze Wirtschaftspolitik auf tönernen Füßen.

### **Mittelstandspolitik – Zauberwort der CDU**

Das gilt auch für die Mittelstandspolitik des Senats. Sie hängt gewissermaßen in der Luft, weil sie nicht in ein realistisches Gesamtkonzept wirtschaftlicher Entwicklung eingebunden ist. Heutzutage ein industrielles Ballungsgebiet von der Größe Westberlins vornehmlich auf der Basis kleiner und mittlerer Unternehmen aufbauen zu wollen, ist Humbug oder Wählerfang. Konzentration der Produktion, also letztlich Großproduktion, ist ein ökonomisches Gesetz, an dem niemand vorbeikann. Daraus folgt keines-

wegs, daß der selbständige Mittelstand keine Chance mehr hätte, aber doch nicht mehr ohne Großindustrie. Massenware, ob Heizlüfter oder Automobil, und Großware, teure Dinger wie Turbinen oder ganze Anlagen, sind vom kleinen Kapital nicht mehr rationell herzustellen. Das Handwerk, kleine und mittlere Kapitale leben vom Bedarf der Großindustrie an Teilen, Maschinen und Produkten, die sie selbst rationell nicht herstellen kann, von dem ganzen Drumherum der Großindustrie, von der Nachfrage der Masse der in ihr Beschäftigten, von dem vielen Kleinbedarf lokaler Märkte usw. usf. Grob überschlagen werden heute zwei Drittel bis drei Viertel der industriellen Produktion in der Großindustrie hergestellt, und der Anteil der dort beschäftigten an den in der Industrie beschäftigten Arbeitskräften ist insgesamt etwa genauso hoch; in etwa der Hälfte aller Industriezweige kommen sogar fünfzig bis neunzig Prozent der Zweigproduktion allein aus den zehn größten Unternehmen.

Der Hinweis auf das Silicon-Valley, USA, ist Augenwischerei. Erstens einmal gingen und gehen rund neunzig Prozent der dort auf Basiserfindungen eröffneten Unternehmen wieder kaputt, und nur zehn Prozent bleiben bestehen. Schlägt ein Produkt tatsächlich ein, dann erfolgt in kurzer Zeit der Übergang zur Großproduktion, und diese wird sogar meist, wegen des notwendigen Minimumkapitals, von den Konzernen der Branche übernommen. Eine Verbindung Wissenschaft – Kleinkapital in Westberlin führt zur Entwicklung hier am Ort und Großauswertung, wenn es einschlägt, in der BRD. Das ist eine Erfahrungstatsache, die immer wieder bestätigt wird. Erst vor wenigen Wochen hat eine Westberliner Firma ein neues Verfahren zur Abgaswäsche bei Kohleheizungen vorgestellt und gleichzeitig mitgeteilt, daß sie sich zu fünfundsiebzig Prozent an einer westdeutschen Spezialfirma beteiligt hat, um den dortigen Markt auszuschöpfen. Es bleibt also bei der bisherigen Entwicklung: In Westberlin bleiben die Randproduktionen; allein schon deshalb, weil hier gar nicht der Markt vorhanden ist, der das Fundament für eine profitable Großproduktion bieten könnte. Wie will die CDU eine erquickliche Entwicklung des kapitalistischen Mittelstandes in der Stadt erreichen, wenn der Aushöhlungsprozeß bei den Konzernen weitergeht und auch das noch kleine Kapital auswandert, sobald es die Schwelle zur Großproduktion erreicht? Wo soll hier eine Lösung des Arbeitslosenproblems liegen? Tatsache ist doch, daß der Rationalisierungsprozeß eines einzigen großen Konzerns wie Siemens oder AEG – in den Randproduktionen, die er noch in der Stadt hat – 1983 mehr Arbeitsplätze vernichtet hat, als mit der ganzen Wirtschaftsförderung neu entstanden sind. Und so geht das seit Jahren. Ohne eine ausreichende Entwicklung der Großindustrie bleibt also auch das sogenannte Mittelstandsprogramm des Senats in seiner Wirkung notwendigerweise begrenzt. Solange die Stadt ihre Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Nachbarn nicht weiter entwickelt hat und so aus ihrem Randdasein gewichen ist, dient Westberlin den großen Konzernen allenfalls als lukrative Oase mit Steuer- und Subventionsvorteilen, gewissermaßen ein Abschreibungsobjekt mit erheblicher Verlustzuweisung. Die Perspektive der Stadt bleibt also weiterhin, verlängerte Werkbank der Konzerne in der BRD zu sein. Freilich mit zwei neuen Komponenten, die der CDU/FDP-Senat hineingebracht hat: Das Charakteristikum der verlängerten Werkbank erstreckt sich nunmehr nicht nur auf die industrielle Produktion, sondern auch auf Forschung und Entwicklung. Westberlin liefert alles, was gebraucht wird, fertig zur gefälligen Nutzung, frei Haus Konzernmutter, Wissenschaftspotential und fertig entwickelte Produkte, serienreif, wie gewünscht und mit gebührender Eigenleistung bei den Kosten. Die zweite Komponente – irgendwie muß ja auch die Eigenleistung bei den Kosten aufgebracht werden – ist der rasante Sozialabbau, der vom Abbau demokratischer Rechte begleitet wird, damit die Gegenwehr in Grenzen gehalten werden kann.

### **Unternehmerinteresse und Arbeitsplätze**

In der Wirtschaftspolitik des Senats werden ausschließlich Unternehmerinteressen zur Geltung gebracht. Die ganze Wirtschaftspolitik war unmittelbar darauf zugeschnitten,

über Profitverbesserungen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung zu nehmen. Der Erfolg war nicht nur gleich Null, er war negativ. 1983 sind den Unternehmern beispielsweise rund 4,4 Mrd. DM zugeflossen, Subventionen und Berlinpräferenzen zusammen gerechnet. Für diese Summe hätte man rund 22 000 Arbeitsplätze schaffen können, wenn man davon ausgeht, daß ein neuer Arbeitsplatz im Schnitt etwa 200 000 DM kostet. Tatsächlich wurden mit diesen Fördermitteln 1983 aber nur 1500 Arbeitsplätze neu geschaffen; und dies auch noch „mühselig“, wie der Chef der Berlinförderungsgesellschaft, Layton, betonte. In der gleichen Zeit wurden in der Stadt auch noch 16 000 Arbeitsplätze vernichtet. Berndt Franke, der dieses merkwürdige Ergebnis untersucht hat, fand heraus, daß von der – vom CDU/FDP-Senat gerade gesetzlich neu geregelten – Berlinförderung ausgerechnet die Wirtschaftszweige am meisten profitierten, die auch mit Abstand die meisten Arbeitsplätze abgebaut hatten (vgl. „Die Wahrheit“ vom 10. Sept. 84). Der Senat hat es also fertiggebracht, mit den Mitteln der Berlinförderung die Arbeitsplatzvernichtung zu bezahlen und für jeden vernichteten Arbeitsplatz mehr zuzuschießen, als ein neuer im Durchschnitt überhaupt kostet. In kühner Wortschöpfung wurde das Ganze dann „Arbeitsplatzabsicherung“ genannt. Tatsächlich wird hier ganz einfach Unternehmerrationalisierung gefördert, auf Kosten des Schicksals und des Geldbeutels der Lohnabhängigen. Die Wirtschaftspolitik muß also umgestellt werden, sie muß sich an den Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung orientieren, auf deren Bedürfnisse zugeschnitten sein.

### Was ist zu tun?

Das gilt schon für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Der Senat darf sich aus dieser Auseinandersetzung nicht heraushalten. Natürlich kann Westberlin in dieser Frage keinen Alleingang unternehmen. Dafür ist es zu klein. Aber auch eine kleine politische Einheit kann Öffentlichkeit mobilisieren und Einfluß auf die Entwicklung nehmen, und in dieser Hinsicht ist der Senat gefordert. In jedem Fall ist eine gesetzliche Regelung nötig, weil nur so die inneren Konkurrenzverhältnisse nicht verändert werden. Es bleibt das Argument der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Dieses Problem ist durch angemessene Maßnahmen durchaus zu regeln. Ohnehin wird davon nur das exportorientierte Kapital betroffen und davon auch nur jener Teil, der keinen technischen Vorsprung besitzt und daher Konkurrenz zu fürchten hat. Auch dieses Kapital profitiert jedoch von der Entwicklung der Exportpreisrelationen, die sich in den letzten Jahren zu seinen Gunsten verändert haben, und zwar selbst gegenüber Japan um zwanzig Prozent. Die Kosten der Arbeitszeitverkürzung würden nur einen Bruchteil dieser Veränderung ausmachen. Selbst ohne solche Vorteilspositionen ließen sich solche Probleme regeln. Zum Beispiel in Form solcher Selbstbeschränkungsabkommen, wie sie die japanische Auto-, Stahl-, Fernseh- und Videoindustrie und ihre westeuropäischen und amerikanischen Konkurrenten getroffen haben. Solche Monopolvereinbarungen sind doch gang und gäbe – warum sollten sie nicht einmal zugunsten der Beschäftigten durchgesetzt werden können? Der Senat ist hier gefordert, weil nur die Arbeitszeitverkürzung schnell auf die Beschäftigung zurückwirken kann und Sofortmaßnahmen nötig sind, um die Folgen der jetzt einsetzenden Rationalisierungsprozesse im öffentlichen, im Dienstleistungs- wie im Bürobereich generell zu kompensieren. Ebenso muß natürlich die „Berlinförderung“ verändert werden. Die Mittel, Subventionen wie Präferenzen etc. müssen zielgerichtet, zweckgebunden und mit Auflagen versehen vergeben werden; Rückzahlung ist vorzusehen, wenn die Auflagen nicht erfüllt oder die Mittel zweckentfremdet genutzt werden. Um die Mittel richtig einsetzen und den richtigen Einsatz auch kontrollieren zu können, muß der Senat Vorstellungen entwickeln, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Lebensfähigkeit der Stadt zu sichern. An solche Zielvorstellungen muß die Förderung gebunden werden. Wir haben die notwendigen Zielstellungen oben grob umrissen: Ausbau der industriellen Produktion und Verbesserung ihrer Struktur. Auch die Erschließung der wirtschaftlichen Ver-

bindungen zur DDR und den sozialistischen Ländern überhaupt gehört hier herein. Dabei geht es um die Schaffung von Bedingungen, die kaum materieller Förderung bedürfen, sondern vielmehr um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen; also der Beziehungen zu diesen Ländern ganz allgemein, wie auch der speziellen Wirtschaftsbeziehungen (Aufhebung der Mengen- und Wertbeschränkungen im Handel usw.). Wenn die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen sind, wird die Entwicklung auf diesem Gebiet aber so viel Eigendynamik entfalten, daß hier zusätzliche Stimulierung kaum nötig sein wird. Wichtig ist jedoch, daß die Märkte der sozialistischen Staaten – und hier wieder insbesondere der DDR – beim Ausbau der eigenen Industrie mit berücksichtigt werden. Ohne dies wird es nicht möglich sein, die Lebensfähigkeit der Stadt auf Dauer zu sichern. Rationelle industrielle Produktion, die konkurrenzfähig sein soll, verlangt nun einmal Losgrößen, für die der Westberliner Markt allein zu klein ist. Die BRD kann diese Losgrößen sichern, aber für das Kapital wird es dann immer profitabler sein, dort zu produzieren und nach Westberlin zu exportieren als umgekehrt. Will man dieses Gesetz kapitalistischer Wirtschaft durch Subventionen außer Kraft setzen, schafft man nur Unternehmen, die ständig, und ständig in höherem Maße, dafür bezahlt werden sollen, daß sie hierbleiben.

Westberlin zum rationellen Produktionsstandort zu machen, gerade auch unter kapitalistischen Bedingungen, ist ohne die Produktion für die DDR nicht möglich. Damit wird ja auch kein Neuland betreten. Betriebe wie die Waggon Union in Westberlin produzieren seit Jahren für die Reichsbahn der DDR und sichern sich dadurch die Rentabilität. Es geht nur darum, solche Möglichkeiten zu erkunden und wo möglich auszuschöpfen. Statt phantasievolle Zukunftsprojektionen an die Wand zu werfen, sollte der Senat sich lieber an den Begriff der „Marktforschung“ erinnern und die wissenschaftlichen Potenzen der Stadt dazu nutzen, die Möglichkeiten der Entwicklung, die es hier gibt, auszuloten. So ergeben sich die realen Entwicklungslinien, an die Förderungsmaßnahmen anknüpfen müssen, wenn sie etwas erreichen sollen. Unter „Berlinfoerderung“ sollte dabei nicht nur materielle Unterstützung der Produktionsentwicklung verstanden werden, sondern auch die Schaffung von Marktbedingungen für diese Entwicklung. Umweltschutztechniken als Lokomotiven wirtschaftlichen Wachstums in der Stadt an die Wand zu malen, mag einem dem Wein verbundenen Gemüt wohl anstehen. Lokomotiven müssen aber bekanntlich unter Dampf stehen, wenn sie ziehen sollen, und die Energie kapitalistischer „Lokomotiven“ ist Profit! Umweltschutztechniken kosten Geld, sind aus dem Profit zu zahlen und werden folglich von Unternehmern nur eingeführt, wenn es sich nicht vermeiden läßt. Um hier überhaupt einen Markt zu schaffen, müssen gesetzliche Umweltschutzaufgaben die Einführung solcher Techniken verordnen. Auf diese Weise werden die betroffenen Unternehmen gezwungen, Mittel für den Umweltschutz aufzuwenden. Es entsteht so überhaupt erst ein Markt für diese Techniken, und das ist die Voraussetzung dafür, daß sich solch eine neue zukunftsträchtige Produktion unter kapitalistischen Bedingungen überhaupt entwickeln kann. Förderungsmittel sind dazu im wesentlichen nur für die Entwicklung der Techniken angebracht. Rückzahlungsverpflichtung ist bei diesen Fördermitteln vorzusehen, denn der Markt, der sich hier entwickelt, ist profitträchtig. Staatliche Auflagen für Umweltschutz könnten also durchaus ausreichen, um hier eine Entwicklung in Gang zu setzen.

Außerparlamentarischer Druck war nötig – jahrelanger, zunehmender Druck –, um wenigstens auf einigen Gebieten den Umweltschutz auf den Weg zu bringen. Das Ergebnis ist interessant. Allein in der BRD ist durch die wenigen Beispiele des Umweltschutzes, die durch staatliche Auflagen und staatliche Programme gefördert wurden, ein Markt in der Größenordnung von über 20 Mrd. DM jährlich entstanden. Gut 900 Betriebe sind mit solchen Produktionen befaßt. Ein Wachstumsmarkt also, der Arbeitsplätze schafft! Am interessantesten ist aber, daß nur die Umweltschutztechnik der ersten Stunde Kosten verursacht. Es entsteht ein Kreislauf, in dem die Abfälle des Umweltschutzes wieder Verwendung finden und zum Teil selbst wieder zu Produkten verarbeitet werden, die gesundheitsschädliche Erzeugnisse verdrängen; Gips aus der Abgas-

wäsche z. B. beginnt Formaldehyd in der Spanplattenproduktion zu ersetzen. Nicht nur die Umweltschutztechnik, sondern der Umweltschutz selbst wird profitabel. Man soll also keine Angst vor der Entwicklung haben.

Der Senat verfügt in Westberlin über die wissenschaftlichen und technischen Kapazitäten, um diese Techniken selber zu entwickeln und dann den klingenden Nutzen auch auszuschöpfen. Das private Kapital bringt solche in der ersten Phase wenig profitablen Entwicklungen ohne Vorreiterrolle des Staates nicht mehr zustande. Es ist nicht einzu- sehen, warum das private Kapital den Nutzen einheimen soll, wenn die Entwicklung durch staatliche Maßnahmen in Gang gekommen ist.

Dabei gleich ein Wort zu den staatlichen und halbstaatlichen Betrieben in der Stadt ganz generell. In diesen Betrieben ist ein enormes Potential an Know-how und technischer Kapazität enthalten, das bisher nur zersplittert genutzt wird. Diese Betriebe zusammenzufassen und so umzustrukturieren, daß von ihnen Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung Westberlins ausgehen, muß Ziel für den Einsatz finanzieller Mittel in diesem Bereich sein. Wo privates Kapital offensichtlich völlig versagt, wie etwa im Falle AEG, müssen die Betriebe in staatliche Regie übernommen und umgestellt werden. Es geht nicht, daß ein großes Potential an Arbeitskräften und Produktionsmittelkapazitäten einfach verlorengeht.

Voraussetzung für solche Ausweitung des staatlichen Bereichs ist natürlich, daß Einflußnahme und Kontrolle der Werk-tätigen auf die wirtschaftliche Zielsetzung in der Stadt und die Kontrolle aller Abläufe erweitert werden. Dies gilt freilich über den Rahmen der staatlichen Betriebe hinaus. Bisher ist es so, daß es kaum institutionalisierte Möglichkeiten gibt, wie die arbeitende Bevölkerung auf das wirtschaftliche Geschehen Einfluß nehmen und ihren Interessen Geltung verschaffen kann. Das Ergebnis ist bekannt: Seit Jahrzehnten nutzt das Kapital die Stadt wie ein steuersparendes Abschreibungsobjekt, die Spekulation blüht, die Großen stoßen sich gesund, aber die wirtschaftliche Grundlage der Stadt verkommt mehr und mehr. Es kommt darauf an, daß die lohnabhängige Bevölkerung selber Einfluß auf die Zielplanung für die wirtschaftliche Entwicklung und auf den Ablauf des Prozesses hat, daß sie mitbestimmen und kontrollieren kann. Für die Zielplanung und die Umsetzung dieser Planung in die Wirtschaftspolitik Mitbestimmung auf Landesebene, für die Einzelumsetzung und die Kontrolle der Durchführung Mitbestimmung auf Betriebsebene.

Die Institution auf der Ebene der Stadt ist erst noch zu schaffen. In ihrem Wahlprogramm schlägt die SEW dafür die Bildung eines vom Kapital unabhängigen Wirtschaftsrates aus Betriebs- und Personalräten, gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Vertretern der Gewerkschaften, Technikern, Wissenschaftlern vor, der bei der überbetrieblichen Struktur- und Investitionsplanung, bei der Vergabe öffentlicher Mittel mitbestimmt und auf die Außenwirtschaftsbeziehungen Einfluß nimmt. Auf Betriebsebene schlägt die SEW die Erweiterung der Kompetenz der Betriebsräte und Gewerkschaften, Mitbestimmung und Kontrolle über alle Fragen der Produktion und Preispolitik, der Investitionen, der Einführung neuer Technologien und alle personellen Entscheidungen vor. Zu den Rahmenbedingungen für eine günstige Entwicklung der Stadt gehört schließlich auch die Massenkauftkraft. Sie entscheidet letztendlich, zusammen mit den wirtschaftlichen Beziehungen zur unmittelbaren Nachbarschaft in der DDR, über die Größe des Marktes und so über den möglichen Grad innerer Verflechtung der Westberliner Produktion. Die staatliche Wirtschaftspolitik muß also auch hier umgeschaltet werden auf die Stärkung der Massenkauftkraft, auf den Ausbau der öffentlichen und sozialen Leistungen, auch auf ihre Umstrukturierung in Richtung auf die Übernahme neuer Funktionen.

In diese Richtung gehen auch die Forderungen nach dem Einsatz staatlicher Mittel für die Förderung neuer Techniken und neuer Energien, Umweltschutz, Ökologie ganz allgemein, Recycling, Fernwärme, Erdgas als Energiequelle für Heizung (dort, wo sich Fernwärme nicht lohnt) und als Grundstoff für die Chemie. Das ist aber ein Gebiet, das besonderer Behandlung bedarf.